

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 30 (1989)
Heft: 3

Artikel: Afghanistan : Freiheit oder Chaos?
Autor: Krättli, Beat
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093629>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 04.03.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Afghanistan – Freiheit oder Chaos?

Was vor zwei Jahren noch von Sowjetexperten, Politikern und Diplomaten mit grösster Skepsis bezweifelt wurde, findet in diesen Tagen real statt: der vollständige und annähernd bedingungslose Abzug der zweiten Hälfte der ehemals 120 000 Mann starken sowjetischen Okkupationsarmee aus Afghanistan.

Perestrojka, Stinger und Koran

Der europäische Westen neigt dazu, Gorbatschows Perestrojka als Grund für das «politische Wunder des 20. Jahrhunderts» zu sehen, die USA beurteilen den Abzug als Folge einer konsequent verfolgten Politik unter der Administration Reagan, und die islamische Welt verweist auf den Koran, worin der Sieg des Jihads, des heiligen Krieges über die Kaffire, die Ungläubigen, seit über 600 Jahren niedergeschrieben sei. Die Afghanen selbst sehen einmal mehr ihre von Heldenmythen umwobene Geschichtsschreibung bestätigt, die nach drei Kriegen gegen die britische Kolonialarmee eine längerfristige Unterwerfung des Landes am Hindukusch ausser Frage stellt.

Obwohl alle vier genannten Elemente eine gewisse Rolle gespielt haben, waren letztlich

die Afghanen weltweit alleine in ihrer neunjährigen Zuversicht, dass die ungebetenen Gäste aus dem Norden je wieder von Afghanistan ablassen würden. «Sie (die Sowjets) haben uns nicht gefragt, als sie kamen, und sie haben uns nicht gefragt, als sie gingen», so beantworten Afghanen gerne die Fragen westlicher Berichterstatter, anstatt mit der oft erwarteten Euphorie über die wiedergewonnene Freiheit zu reagieren!

Die Freiheit zu hungern

Weder Undankbarkeit noch Zynismus sollen das bald kostbarste Gut der Afghanen, die Freiheit, abwerten oder gar in Abrede stellen. Vielmehr geht es darum, diesen auch für uns wichtigen Begriff im Falle von Afghanistan in die entsprechenden Relationen zu setzen. Das afghanische Volk befindet sich nach über zehn Jahren Entbehrung und Leid wohl in einem Zwischenstadium von der Unfreiheit hin zur politischen Freiheit. Die Freiheit zu leben jedoch wird vielen Afghanen noch für lange Zeit vorenthalten bleiben.

Mit der Gewinnung der politischen Freiheit für Afghanistan scheint auch die westliche Solidarität, zumindest die finanzielle, mit

den Afghanen erloschen zu sein. Dies bringen die allgemein rückläufigen Spendeneinkünfte bei privaten Hilfsorganisationen in ganz Europa deutlich zum Ausdruck. Die etwas gedämpfte Freude vieler Afghanen über ihre künftige Situation ist daher auch leicht verständlich. Ohne dass die meisten Afghanen je eines der zahlreichen landwirtschaftlichen Gutachten zur Lektüre gehabt hätten, wissen sie, dass ihr Land zerstört ist.

Die Hoffnung auf Frieden

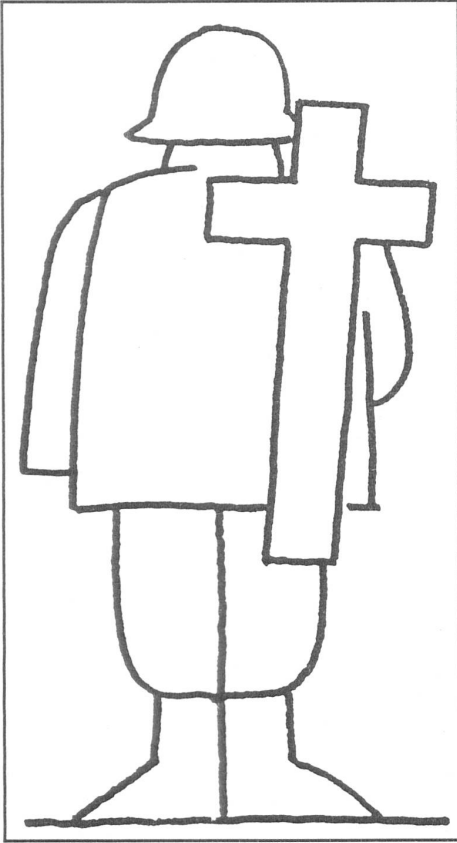
Afghanistans Bevölkerung wird von UN-Organen per 1987 auf 16,7 Millionen Menschen geschätzt. Davon leben deren 5,7 Millionen im Ausland, mehrheitlich in den benachbarten islamischen Republiken Pakistan und Iran. Mehr als 1 Million dürfte dem Krieg direkt und indirekt zum Opfer gefallen sein.

Die Bevölkerung lebte vor dem Krieg zu 85 % von der Landwirtschaft. Gerade diese Lebensgrundlage wurde in den neun Jahren Krieg so schwer in Mitleidenschaft gezogen, dass nach jüngsten Gutachten ein Rückgang von durchschnittlich 50 % zu verzeichnen ist. Karitative Organisationen wie etwa das «Schwedische Hilfskomitee» haben nach



Der Schweizer Journalist und Zeitbild-Mitarbeiter Beat Krättli (links) während eines Interviews mit dem Mujaheddinkommandanten Fazullah in der Provinz Logar.

Krättli begleitete seit 1985 wiederholt Gruppen des afghanischen Widerstands und besuchte insgesamt acht afghanische Provinzen während zwölf Expeditionen. 1987/88 führte er im Auftrag des SOI-Hilfsfonds ein Informationsbüro in Peshawar (Pakistan) und war Korrespondent mehrerer Schweizer Zeitungen. Seit Januar 1989 lebt Krättli wieder in der Schweiz.



Zu einem Beitrag über den Rückzug aus Afghanistan brachte «Krokodil», Moskau (Nr. 1/1989), kommentarlos diese Vignette. Eine solche Illustration nimmt sich unglaublich aus und wäre bis vor kurzem auch unmöglich gewesen.

aufwendigen Recherchen diese traurige Tatsache belegt. Diese 50 % beziehen sich mit kleineren Abweichungen sowohl auf den Getreideanbau, die Nutztierhaltung als auch auf den Obst- und den Gemüseanbau.

Ein Rückgang in der gleichen Grössenordnung wurde ferner bei den Industriebetrieben, den Strassen und Brücken wie auch landesweit im Schulsystem verzeichnet. Hinzu kommt, dass die meist unerlässlichen Bewässerungssysteme nach Fliegerangriffen vielfach eingestürzt sind und das Kulturland verodet und verwildert ist. Auch hier wird von einem Grad der Zerstörung gesprochen, welcher gut die Hälfte aller Bewässerungsanlagen betreffen soll.

Afghanische Agronomen haben in der Vergangenheit wiederholt darauf hingewiesen, dass es ungefähr acht Jahrzehnte dauern würde, um mit den herkömmlichen Agrarmethoden die landwirtschaftliche Leistungsfähigkeit vor der sogenannten «Saura-Revolution» von 1978 wiederherzustellen. Acht Jahrzehnte bedeuten in einem Land wie Afghanistan vier bis fünf Generationen. Nun erhoffen sich jedoch die Vereinten Nationen, Afghanistan schneller, innert nützlicher Frist, wieder aufbauen zu können. Bis heute konnten Regierungsbeiträge aus aller Welt in Höhe von 1,16 Milliarden US-

Dollar aufgetrieben werden. Die UN haben die Regierungen kürzlich dazu aufgefordert, ihre Spenden nicht zurückzuhalten, und begründeten diesen Aufruf in ihrem ersten repräsentativen Rapport vom September 1988: «Es wäre tragisch, den Afghanen die Hoffnung auf Friede und Entwicklung zu geben, ihnen jedoch die relativ kleine Unterstützung, ihr Leben und ihr Land wiederaufzubauen, zu verwehren.

Überforderte Hilfsorganisationen

Die westliche Hilfe, vor allem durch «manpower», dem Potential an Fachkräften, reicht nicht aus, das Gros der afghanischen Flüchtlinge während und nach deren Rückkehr zu betreuen. Zu diesem Schluss kamen die Vertreter verschiedener Hilfsorganisationen im pakistanischen Peshawar. Ihre vorsichtigen Schätzungen gehen dahin, dass während der ersten zwei Monate nach Einstellung der Kampfhandlungen maximal bis zu 70 000 Menschen betreut werden könnten. Mit andern Worten, könnten deren Rücktransport weitgehend gesichert sowie Nahrungsmittelhilfe abgegeben werden. Wie lange? Darüber will sich niemand äussern, da eine Nahrungsmittelabgabe auf längere Frist gesehen nicht nur spekulativ, sondern auch höchst umstritten ist. Diese kritische, dafür aber auch ehrliche Selbsteinschätzung der westlichen Hilfskapazität nährt die Sorgen der Hilfsstrategen und Vertreter von privaten Volontärorganisationen (PVO) in Peshawar.

Rückkehr und Hunger

Eine plötzliche Einstellung aller Kampfhandlungen würde sogar eine Gefahr für viele Menschen darstellen, und zwar dann,

wenn sie zur unkontrollierten Rückkehr der Flüchtlingsmassen in das Land führen würde, das keine zusätzlichen Millionen zu ernähren vermag. Pakistan hat den seit 1980 anschwellenden Flüchtlingsstrom nicht einzudämmen vermocht und wäre jetzt wohl genauso wenig imstande, die Bewegung in umgekehrter Richtung aufzuhalten. Zwei Drittel der Flüchtlinge stammen aus den am stärksten verwüsteten Gebieten im Osten und Südosten Afghanistans. Eine Massentrückkehr dorthin würde den Hungertod mit sich bringen. So ist es von existentieller Wichtigkeit, dass die UN-Koordinatoren die Rückführung und anschliessende Wiedersiedlung der Flüchtlinge zeitlich staffeln und immer unter Kontrolle halten.

Die sowjetische Hinterlassenschaft

Bis jedoch der Rücktransport und auch die Wiedersiedlung einer Koordination unterliegen, müssen noch diverse Hürden genommen werden. Eine davon ist die Kriegseinwirkung, welche im vergangenen Herbst für Schlagzeilen in den westlichen Medien sorgte: Die Entsorgung der schätzungsweise 5 Millionen Personen- und Landminen in Afghanistan. In einem Aufruf forderten deshalb die Vereinten Nationen ihre Mitgliedstaaten auch dazu auf, Expertenteams zur Verfügung zu stellen, die über entsprechende Erfahrung im Räumen von Minenfeldern haben. Parallel zu diesen Bemühungen sollen die Flüchtlinge in den Lagern ausgebildet werden mit dem Ziel, Minen zu orten und als solche zu erkennen.

Ein Unterfangen, dem auch bei optimistischer Betrachtung nur geringer Erfolg beschieden sein dürfte. Über 20 verschiedene Typen von Personen- und Fahrzeugminen



Ihnen droht bei der Rückkehr der Hunger: afghanische Flüchtlinge in Pakistan. (Foto: Beat Krättli)

sind zurzeit bekannt, die nach sowjetischen Schätzungen in Afghanistan in mehr als 2000 Minenfeldern über Tausende von Quadratkilometern verstreut liegen. Das technische Niveau reicht von den primitivsten Sprengfallen bis hin zu anspruchsvollen Auslösemechanismen. Hinzu kommt, dass keine Pläne existieren, welche eine präzise Lokalisierung der todbringenden Sprengfallen zulassen. Angesichts der traurigen Effizienz, welche die sowjetische Verminungspolitik in neun Jahren Krieg bewiesen hat, müssen die Folgen bei einer Rückkehr der Flüchtlinge, ohne dass die Minenfelder zuvor geräumt worden sind, als katastrophal befürchtet werden.

«Ziegen-Räumkommandos»

Eine UN-Idee, Ziegenherden über die verminnten Felder zu treiben, ist nur ausnahmsweise anwendbar. Wie viele Millionen ihrer lebensnotwendigen Haustiere müssten die Afghanen sonst opfern? Sie werden auf diese Zumutung bestimmt nicht eingehen.

Einen erfolgversprechenden Weg, der das Minenproblem innert nützlicher Frist auf ein tragbares Risiko zu vermindern hilft, sehen Hilfsprofis in der Entsendung von westlichen Spezialistenteams, die mit afghanischer Assistenz systematisch die Verbindungsstrassen und die Gebirgspässe säubern. Die dazu notwendigen Hilfsmittel sind in den Armeearsenalen einer jeden modernen Armee zu finden. Dies ist jedoch, und daran

scheint das Vorhaben momentan zu scheitern, der teurere und aufwendigere Weg.

Es sind letztlich aber auch die sogenannten «cross-boarder-agencies», die Hilfe in Afghanistan selbst geleistet haben und auch in Zukunft leisten werden, welche ein starkes Interesse haben müssen, eine rasche Eindämmung der Minengefahr realisiert zu sehen. Ihre eigenen Ärzte und Agronomen sind der ständigen Gefahr von Sprengfallen ausgesetzt. Ein erstes Opfer unter den westlichen Hilfsorganisationen hat der sowjetische Minenteppich vor wenigen Monaten gefordert, als die Direktorin des «norwegischen Hilfs-Komitees», Astrid Murken, während einer Rekognoszierungsfahrt in der Grenzprovinz Paktia bei einer Fahrzeugminenexplosion ihr Leben verlor. Wenige Wochen später starb eine japanische Fotografin im Rahmen ihrer Berichterstattung infolge einer Personenminenexplosion in der Provinz Nangarhar. Den beiden Frauen voraus sind Tausende von afghanischen Männern, Frauen und Kindern gegangen.

Regime stärker als angenommen?

Hunger und Minen sind lediglich zwei Aspekte, welche die drohenden Gefahren für heimkehrende Flüchtlinge darstellen. Auch mit dem Abzug der Roten Armee wird dem Krieg in Afghanistan kein kurzfristiges Ende bereitet.

Noch immer versucht sich das von Moskau eingesetzte Stadthalter-Regime in Kabul mit massiver sowjetischer Militärunterstützung an der Macht zu halten. Nebst der seit Jahren durch Auflösungserscheinungen gezeichneten 35 000 Mann starken Regierungsarmee verfügt Staats- und Parteichef Najibullah noch über etwa 30 000 Mann Sarandoi, der Elitetruppe der Volksdemokratischen Partei PDPA. Der Staatssicherheitsdienst KHAD soll sich auf etwas mehr als 40 000 Männer und Frauen belaufen. Auch wenn deren Loyalität nicht über sämtliche Zweifel erhaben ist, bilden die KHAD-Funktionäre

trotzdem ein Machtpotential, das nicht unterschätzt werden darf. Schliesslich kommt noch die Luftwaffe hinzu, welche von westlichen Militärexperten auf 5000 bis 7000 Mann geschätzt wird. Sie stellt denn auch eine der wichtigsten Säulen im Machterhaltungskampf des Regimes dar. Es ist abzusehen, dass der Luftwaffe in Zukunft wachsende Bedeutung zukommen wird, da sie der letzte noch halbwegs funktionierende «verlängerte Arm» der Volksdemokratischen Partei von Afghanistan ist. Wichtig auch deshalb, weil die Luftwaffe durch den Lieferstopp von amerikanischen Stinger-Flugabwehrraketen erneut an Gewicht gewonnen hat.

Im Landesinnern stützt sich Kabul auf Dorf-milizen, welche angeblich die Revolution zu verteidigen bereit sind. Bei diesen Milizen handelt es sich um wirtschaftlich denkende Dorfgemeinschaften, die dem Krieg zumindest etwas Positives abgewonnen haben. Sie stellen ein kalkulierbares Risiko dar. Sobald nämlich die Zahlungen aus Kabul versiegen oder eine andere Geldquelle gefunden wird, werden sie ihre «Gesinnung» zugunsten einer andern Ideologie ablegen. Bis sich jedoch diese Geldquelle gefunden hat, werden wie weiterkämpfen für die Revolution.

Hinzu kommen noch eine unbestimmte Anzahl von Bewaffneten, die Jugend- und Parteiorganisationen angehören. Sie sind während der vergangenen Monate oft in einem Schnellverfahren rekrutiert und ausgebildet worden. Aufgrund ihres Alters, insbesondere jedoch aufgrund ihres Ausbildungsstandes werden sie nicht als grosse Gefahr eingestuft. Alle diese Kräfte zusammen ergeben ein minimales Potential von etwa 160 000 Männern unter Waffen. Obwohl diese Zahlen keine Prognose für ein Überleben des Regimes zulassen, bieten sie zumindest Gewähr für ein Andauern der Kämpfe.

In einem weiteren Beitrag wird Beat Krättli auf die jeweiligen Kräfteverhältnisse beider Lager eingehen. ■

